



BATTERIE, WASSERSTOFF, E-FUEL

SO SCHAFFEN WIR DIE VERKEHRSWENDE

► **POLITIK** Halbzeitbilanz der Großen Koalition: Was bisher für Beschäftigte drin war – und was noch fehlt. → Seite 8

► **INVESTITIONEN** Woher kommt das Geld für die Verkehrswende? Ein Interview mit Finanzminister Olaf Scholz. → Seite 15

► **BEZIRK**

INHALTSVERZEICHNIS

- 4 So war das Jahr 2019** mit der IG Metall: Fackeln für unseren Stahl, Gewerkschaftstag, 50 000 in Berlin.
- 6 Inklusion** Martin Wolters über seine Arbeit in der Schwerbehindertenvertretung.
- 7 Tarifverhandlungen** Bundesweite Warnstreiks in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie.
- 8 Halbzeitbilanz der Bundesregierung** Was die Große Koalition geleistet hat – und was noch zu tun bleibt.
- 9 Ausbildung** Was das neue Berufsbildungsgesetz Auszubildenden bringt.

TITEL **10** Mobilität: So schaffen wir die Verkehrswende und sichern gute Arbeit

Der Mensch verändert das Klima. Die Politik hat die Grenzwerte für CO₂ verschärft. Die gesamte Autoindustrie ist bereits vom ökologischen Wandel betroffen. Die IG Metall will den Wandel fair und sozial gestalten. Sie kämpft für Arbeitsplätze und Investitionen in neue Technologien. Doch in welche? Wir haben die Antriebe der Zukunft unter die Lupe genommen.

Titelfoto: Peter Steffen/dpa /pa

- 16 Auszeichnung** Der Betriebsrat im Siemens-Werk Tübingen erhält den Betriebsrätepreis in Gold.
- 17 Arbeitsbedingungen** Dank Tarifvertrag läuft die Transformation bei Atos/Unify fair ab.
- 18 Flüchtlingshilfe** Raimund Meß arbeitete vier Wochen als Mechaniker auf einem Schiff im Mittelmeer.
- 20 Gesundheitsschutz** Agil und digital zu arbeiten heißt leider nicht immer gesünder und stressfreier.
- 22 Recht so** Darf der Arbeitgeber Leiharbeitern wegen Minusstunden den Lohn kürzen?
- 23 Rechtsfall** Die Praxis, das Arbeitslosengeld II als Strafmaßnahme zu kürzen, ist teilweise verfassungswidrig.
- 24 Weihnachtsfeier** Mit diesen Tipps kommt Ihr gut durchs Firmenfest – ohne böses Erwachen.
- 26 Schulabschluss nachholen** Alle wichtigen Infos zum zweiten Bildungsweg.
- 27 Impressum**
- 28 Aus den Bezirken**
- 30 Lokales/Karikatur**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. November 2019



Illustration: Chris Gorgio/istock

Schöne Feiertage

Die Redaktion der **metallzeitung** wünscht allen Metallerrinnen und Metallern erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.
Glück auf!



Foto: Frank Rumpenhorst

Seenotrettung Manche schauen weg, wenn es um Bootsflüchtlinge geht. Raimund Meß schaute genau hin: als Schiffsmechaniker auf Beobachtermission. → Seite 18

LESERBRIEFE

Skandal sondergleichen | metallzeitung 11/2019 »Betriebsrente entlasten«

Es ist schon erstaunlich, wie uns Politiker über den Tisch ziehen. Bestes Beispiel ist die Belastung von Betriebsrenten mit dem vollen Krankenkassenbeitrag – die Doppelverbeitragung. Nun muss man entgegen ursprünglichen Versprechen die ohnehin nicht üppige Betriebsrente mit Versicherungsbeiträgen schmälern. Ein Skandal sondergleichen. Mich wundert, dass man die Betriebsrente als Standbein der Altersvorsorge so beschneidet und dadurch weniger attraktiv macht. Walter Schmidt, per E-Mail

Gnadenlos ausgenutzt | metallzeitung 9/2019 »Klimaschutz«

Die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften kann viel zum Klimaschutz beitragen. Weltweit gibt es große Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen. Das wird von den Unternehmen gnadenlos ausgenutzt. Das kann nur funktionieren, weil die Lohnunterschiede so groß sind. Der weltweite Kampf der Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen zwingt Unternehmen dazu, sich auf Einsparpotenziale bei Energie und Rohstoffen zu konzentrieren. In diesem Sinne: Arbeitnehmer aller Länder, vereinigt euch! Hans Holzinger, Ingolstadt

GEWONNEN

November-Rätsel, Lösungswort: »Studieren«

- 1. Preis: Christina Stollner, Amberg
- 2. Preis: René Storch, Flöha
- 3. Preis: Maria Staiger, Isernhagen



Illustration: Leonardo Pellegrino



Illustration: dejan101/Stock

Weihnachtsfeier Gelöste Stimmung, reichlich Alkohol – da ist das nächste Fettafchen nicht weit. Wir geben Tipps, wie Ihr es elegant umgeht. → Seite 24

Bildung Jeden Schulabschluss könnt Ihr auch noch als Erwachsene nachholen. Wo das möglich ist und was Ihr beachten solltet? Hier die wichtigsten Infos. → Seite 26

SERVICE

Hier kannst Du Dich registrieren



Manche Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten:
 ► igmetall.de/anmelden

Deine Geschäftsstelle



Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten:
 ► igmetall.de/vor-ort

Hier wirst Du Mitglied



Hier kannst Du Mitglied werden:
 ► igmetall.de/beitreten

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

Lesertelefon

0800 446 38 25

Fragen zu unseren Berichten in der metallzeitung beantworten wir montags bis donnerstags von 9 bis 16 und freitags von 9 bis 13 Uhr (gebührenfreie Rufnummer), Fax: 069 66 93-20 02
 ► metallzeitung@igmetall.de

EDITORIAL



Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Krise heißt Verantwortung

KONJUNKTUR Die Arbeitgeber wollen die erstbeste Flaute für Streichorgien nutzen. Nicht mit uns!

Weihnachten steht vor der Tür, doch besinnliche Stimmung will nicht aufkommen. Was zurzeit in manchen Betrieben geschieht, ist eine Schande: Fast alle Zulieferkonzerne und auch die Automobilhersteller haben in den letzten Wochen Standortschließungen und Personalabbau angekündigt. Die Arbeitgeber nutzen die erstbeste Absatzflaute, um die Abrissbirne zu schwingen. Gleichzeitig bauen sie neue Kapazitäten in Niedriglohnländern auf. Das einzige Ziel: Erhalt der hohen Margen. Das ist unanständig. Krise heißt nicht Entlassung. Krise heißt Verantwortung.

Selbstbewusst und zuversichtlich Wir als IG Metall werden unseren Teil der Verantwortung übernehmen. Und das heißt: voller Einsatz für gute und sichere Arbeit – gerade auch in Zeiten des Umbruchs. Das wird nicht leicht werden. Wir brauchen solidarische Antworten und dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen. Im Betrieb nicht zwischen Stammbelegschaften und Randbelegschaften. Im Unternehmen nicht zwischen den Standorten. In der Branche nicht zwischen Herstellern und Zulieferern. Und wir müssen sichtbar und laut werden, wenn es um eine gerechte Lösung für Belegschaften und Standorte geht. Die ersten Proteste machen deutlich: Solidarität ist und bleibt eine starke Macht!

In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Familien trotz allem eine friedliche Adventszeit, erholsame Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.



Foto: Ulrike Reinker



Foto: Thomas Range

Durchgesetzt Erleichterung bei den Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie: Nach mehreren Verhandlungsrunden und Warnstreiks steht die Einigung. Es gibt mehr Geld, eine neue zusätzliche tarifliche Vergütung und mehr Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit.

März Tarifrunde Stahl

So war

RÜCKBLICK 2019 war für uns Metallerinnen und Metaller ein wichtiges Jahr. Gemeinsam haben wir in den vergangenen zwölf Monaten entscheidende Wegmarken für die Zukunft gesetzt. So gehen wir gut aufgestellt ins neue Jahr. Dazu haben alle Metallerinnen und Metaller mit ihrem Engagement und ihrer Solidarität beigetragen. Herzlichen Dank, dass Ihr Teil dieser Geschichte seid!

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

1. Mai Tag der Arbeit



Mitmarschiert Mehr als 380 000 Menschen, darunter viele Metallerinnen und Metaller, trafen sich am 1. Mai auf den Straßen und Plätzen der Republik. Der traditionsreiche Tag der Arbeit stand dieses Jahr ganz im Zeichen der Wahl zum EU-Parlament: »Europa. Jetzt aber richtig!«



Foto: Christian Kösak

Im Frühjahr haben wir in knapp 2000 Betrieben untersucht, wie die Industrie auf den technologischen und ökologischen Wandel vorbereitet ist. Das Ergebnis ist unser Transformationsatlas, der zeigt, wie und wo die IG Metall Druck machen muss, damit in Zeiten des Wandels niemand unter die Räder kommt und gute Arbeit auch in Zukunft gesichert ist.

Dass wir Druck machen können, haben wir an unserem Aktionstag am 29. Juni in Berlin bewiesen. Beim Gewerkschaftstag im Oktober schließlich haben die Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet die Weichen für die Zukunft gestellt.

Zusammen mit den Tausenden ehrenamtlichen Engagierten und den treuen Mitgliedern im Hintergrund machen sie die IG Metall zu dem, was sie ist: eine schlagkräftige Organisation, die das Leben von Millionen Menschen besser macht.

Artur.Siemens@igmetall.de

Foto: Christoph Haradt/Geisler-Fotopress/pa

das Jahr 2019



Foto: Frank Rumpfenhorst



Foto: Christian von Polentz



Foto: Frank Rumpfenhorst

Weichen gestellt Sieben Tage, 500 Delegierte, 800 Anträge und jede Menge Diskussionen: Beim 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag haben gewählte Vertreterinnen und Vertreter den Vorstand der IG Metall gewählt, leidenschaftlich über die Zukunftsthemen diskutiert und wichtige Beschlüsse gefasst.

6. bis 12. Oktober
24. Ordentlicher Gewerkschaftstag

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

29. Juni

Großdemo #FairWandel in Berlin

Zeichen gesetzt Mehr als 50 000 Metallerinnen und Metaller in Berlin vor dem Brandenburger Tor. Ihre Botschaft: Fairer Wandel muss sozial, ökologisch und demokratisch sein. Ihre Forderung an Arbeitgeber und Politik: endlich durchstarten mit Investitionen in die Mobilitäts- und Energiewende. Ihre Stimmung: blendend.



Foto: Thomas Ränge

24. Oktober

Mahnwache für europäischen Stahl



Foto: Sven Ehlers



Foto: Sven Ehlers

Angezündet Mahnwache mal anders: Mit beeindruckenden Feuereffekten demonstrierten diese Stahlarbeiterinnen und -arbeiter für die Sicherung der europäischen Stahlindustrie. Sie stehen beispielhaft für die vielen Kämpfe um eine gute Zukunft für Branchen, Betriebe und Standorte im vergangenen Jahr.

3 Fragen an Martin Wolters



Foto: Stephen Petrat

INKLUSION Der 3. Dezember ist der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung. Martin Wolters, Konzernschwerbehindertenvertreter der Salzgitter AG, darüber, wie Menschen mit Behinderung erst gar nicht ausgegrenzt werden.

Martin, der 3. Dezember ist der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung. Warum ist der Tag wichtig?

MARTIN WOLTERS: Weil er hilft, die Situation behinderter Menschen im Betrieb aufzuzeigen und nachhaltig zu verbessern. Dafür setzen sich Schwerbehindertenvertretungen (SBV) nicht nur an diesem Tag, sondern das ganze Jahr über leidenschaftlich ein.

Wie kann es gelingen, Menschen mit Behinderung optimal einzubinden?

WOLTERS: Elementar ist Solidarität unter den Beschäftigten, ganz egal ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Und elementar ist, dass jeder versteht, dass Menschen mit Behinderung sehr gute Leistung bringen und dass sie ein fester, wichtiger Bestandteil im Arbeitsleben sind. Wir sind

mit der Inklusion in den Betrieben auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Wir stehen erst am Anfang.

Was ist der Grundstein für eine erfolgreiche SBV-Arbeit vor Ort?

WOLTERS: Grundstein ist, dass es gelingt, Beschäftigte und Management von den Vorteilen einer inklusiven Arbeitswelt zu überzeugen. Menschen mit Behinderung können wertvolle Arbeit leisten, sie sollten niemals am Rand stehen. Das muss man zeigen – und man muss seine ganze Kraft dafür verwenden, Hindernisse und Barrieren in den Betrieben abzubauen. Das fängt mit den Barrieren im Kopf an, die überwunden werden müssen. Wir dürfen die Menschen nicht nach ihren Einschränkungen bewerten, wir müssen ihre Talente fördern und nutzen.



168€ Gerechter Kassenbeitrag lohnt sich

So viel Geld sparen Verdiener durchschnittlich im Jahr 2019 bei der gesetzlichen Krankenversicherung (bei einem Zusatzbeitrag von 0,9 Prozent). Grund für die Ersparnis: Die Arbeitgeber zahlen wieder die Hälfte der Kassenbeiträge. Diese Parität war zeitweise abgeschafft worden. Seit diesem Jahr gilt sie wieder – auch dank des Drucks der IG Metall, die sich lange für die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit eingesetzt hat.

Gehetzte Beschäftigte

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland (exakt 53 Prozent) fühlen sich während ihrer Arbeit sehr häufig oder oft gehetzt oder unter Zeitdruck. Das geht aus einer Umfrage zum DGB-Index Gute Arbeit hervor. Dieser Arbeitsstress, häufig einhergehend mit Personalmangel und verbunden mit wachsender Arbeitsintensität, wirkt sich negativ auf die Gesundheit der Beschäftigten aus. Der Report zum DGB-Index Gute Arbeit 2019 wird am 5. Dezember vorgestellt. Schwerpunkt wird das Thema Arbeitsintensität sein.

53%



Foto: André Bodin

TARIFRUNDE

Holz und Kunststoff
& Leiharbeit

Warnstreikaktion der Beschäftigten von Oeseder Möbel-Industrie Wiemann im niedersächsischen Georgsmarienhütte. Bundesweit waren bis Mitte November 11000 Beschäftigte im Warnstreik.

»Hölzer« im Warnstreik

Tarifverhandlungen Holz und Kunststoff: 11 000 Beschäftigte an Warnstreiks beteiligt.

In der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie machen die Beschäftigten bundesweit mit Warnstreiks Druck. Allein in der Aktionswoche vom 11. bis 15. November legten rund 11 000 Beschäftigte zeitweise die Arbeit nieder. Große Kundgebungen gab es besonders in der Caravanindustrie in Baden-Württemberg und in der Küchenindustrie in Nordrhein-Westfalen. Auch in Bayern und Niedersachsen beteiligten sich Tausende Beschäftigte.

Die IG Metall fordert 5,5 Prozent mehr Geld und ein Extraplus für Auszubildende. Viele Betriebe sind voll mit Aufträgen ausgelastet und finden weder genug Fachkräfte noch Nachwuchs. Kein Wunder: Die Entgelte in der Holz- und Kunststoffindustrie liegen

im Schnitt um rund 20 Prozent unter dem Durchschnitt anderer Industriebranchen. Mit Tarif ist der Abstand geringer.

Trotzdem knausern die Arbeitgeber: Bis zum Redaktionsschluss dieser metallzeitung haben sie gerade mal 1,5 Prozent mehr ab 2020 angeboten – und weitere 1,3 Prozent ab 2021. Das würde Lohnerhöhungen unterhalb der erwarteten Inflation bedeuten, also reale Lohnkürzungen. Nach Redaktionsschluss standen noch weitere Verhandlungsrunden an.

Aktuelle Nachrichten und Hintergründe zu den Tarifverhandlungen für die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie – sowie Berichte und Fotos von den bundesweiten Warnstreiks: ► holz-tarifunde.de



Gute Arbeit
in der **Leiharbeit**
Tarifrunde Leiharbeit 2019/2020

Arbeitgeber mauern – Leiharbeiter machen Druck

In der Tarifrunde für die Beschäftigten in Leiharbeit ist weiter keine Einigung in Sicht. Bei der dritten Verhandlungsrunde Mitte November gab es nur beim Urlaub Minifortschritte. Zur Lohnerhöhung jedoch machten die Arbeitgeber kein neues Angebot: Sie bleiben bei im Schnitt gerade mal ein Prozent mehr Geld im Jahr. Völlig inakzeptabel aus Sicht der IG Metall und der anderen Gewerkschaften. Die DGB-Tarifgemeinschaft fordert 8,5 Prozent mehr Geld, ein volles dreizehntes Monatsgehalt als Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie 28 bis 30 Tage Urlaub.

Die Leihbeschäftigten in den Betrieben machen jetzt Druck für ihre Forderungen. Aktionen gab es bis Redaktionsschluss bei BMW und Siemens.

► igmetall.de/Leiharbeit

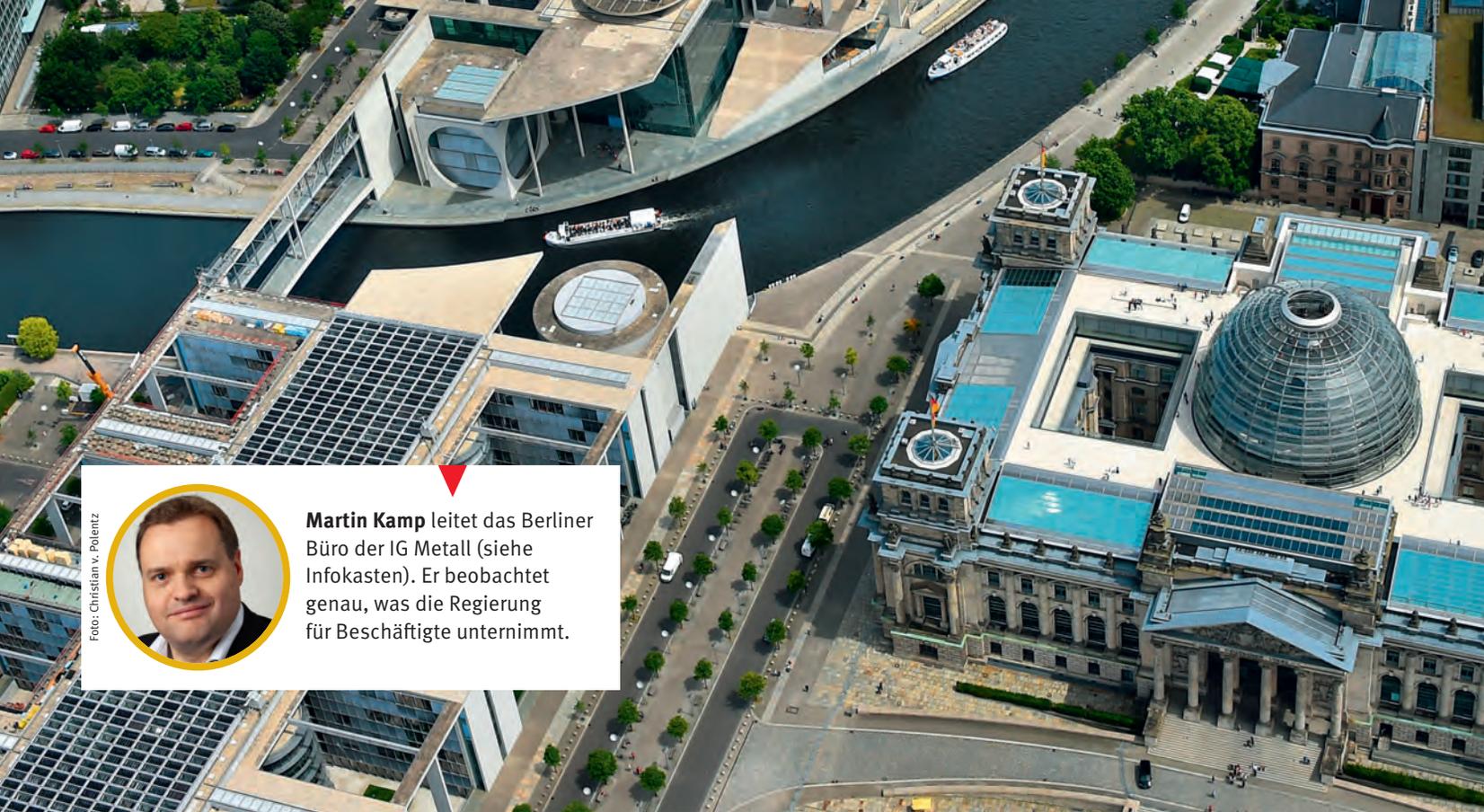


Foto: Christian v. Polentz



Martin Kamp leitet das Berliner Büro der IG Metall (siehe Infokasten). Er beobachtet genau, was die Regierung für Beschäftigte unternimmt.

Was die GroKo geleistet hat – was zu tun bleibt

POLITIK Zur Mitte der Wahlperiode ziehen wir Bilanz: Was hat die Große Koalition erreicht? Wo gibt es noch Baustellen? Antworten gibt Martin Kamp, Leiter des Berliner Büros der IG Metall. | **Von Simon Che Berberich**

Die Große Koalition hat bereits zwei Drittel ihrer Versprechen umgesetzt oder angestoßen. In der Öffentlichkeit wird das aber kaum wahrgenommen. Wie fällt Deine Halbzeitbilanz aus?

Martin Kamp: Ich sehe mehr Licht als Schatten. Wenn man sich die Arbeit der GroKo genauer anschaut, stellt man fest: Gerade im Bereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik hat die Regierung viel auf den Weg gebracht, wovon Beschäftigte profitieren. Aktuelles Beispiel: die Mindestvergütung für Auszubildende. Dafür haben wir uns lange eingesetzt.

Was hat die GroKo für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht?

Kamp: Bei der gesetzlichen Krankenversicherung wurde das Prinzip fifty-fifty wiederhergestellt. Die Arbeitgeber zahlen nun wieder die Hälfte der Kassenbeiträge. Das war jahrelang nicht der Fall und hat die Versicherten viel Geld gekostet. Seit Januar gilt außerdem die Brückenteilzeit. Beschäftigte haben nun ein

Recht auf befristete Teilzeit, mit Rückkehrrecht auf die vorherige Arbeitszeit. Wichtig auch: das Qualifizierungschancengesetz. Es ermöglicht vielen Beschäftigten staatlich geförderte Weiterbildung. Dazu kommen die Grundrente und die Entlastung von Betriebsrenten.

Warum bewerten viele Menschen die Regierungsarbeit so negativ?

Kamp: Wir erleben zwei Koalitionspartner, die eigentlich nicht wieder zusammen regieren wollten. Beide müssen nun Kompromisse eingehen. Also gibt es dann auch in den Parteien Auseinandersetzungen darüber, was man mittragen kann und was nicht. Dieser Streit bestimmt oft das Bild nach außen. Viele Menschen bewerten Streit negativ. Er ist aber ganz natürlich. Das ist Demokratie. Dazu kommt allerdings: Der Anspruch des Koalitionsvertrags, – Aufbruch für Europa und Dynamik für Deutschland zu schaffen – ist noch nicht eingelöst.

Fehlt der GroKo eine Vision, wohin es mit dem Land insgesamt gehen soll?

Kamp: Es fehlt ein gemeinsames Projekt. Es muss jetzt darum gehen, Weichen zu stellen für die Transformation der Wirtschaft. Wir brauchen mehr Weiterbildung. Wir brauchen das Transformationskurzarbeitergeld, das Kurzarbeit mit Qualifizierung verbindet. Wir brauchen langfristig sichere, auskömmliche Renten. Dann begreifen die Menschen, dass sie keine Angst vor Veränderungen haben müssen.

Viel Kritik gibt es am Klimapaket. Zu Recht?

Kamp: Das Klimapaket ist besser als sein Ruf. Sich nur auf den CO₂-Preis zu konzentrieren ist falsch. Viel wichtiger sind Investitionen – in Ladeinfrastruktur für E-Autos, in den ÖPNV, in neue Technologien. Dazu ist im Klimapaket einiges drin, da muss aber noch mehr kommen. Das Dogma der schwarzen Null steht uns im Weg. Wir müssen um-



Foto: Bernd Seitznik/ZB /pa

Das Berliner Büro

Bundestag, Kanzleramt, Ministerien: Hier fallen viele Entscheidungen, die das Leben von Beschäftigten beeinflussen. Deshalb ist die IG Metall in der Hauptstadt mit einem eigenen Büro vertreten. Die Kolleginnen und Kollegen dort halten Kontakt zu den Parteien und bringen bei Gesetzesvorhaben die Arbeitnehmer-Perspektive ein.

weltfreundliche Alternativen zur heutigen Technik schaffen. Sonst haben die Menschen ja gar keine Wahl.

Tut die GroKo genug, um die Transformation in der Industrie zu meistern?

Kamp: Es könnte noch mehr sein. Aber es gibt gute Projekte. Zum Beispiel Gaia-X, die europäische Cloud. Das Cloud-Geschäft dürfen wir nicht den Amazons und Googles dieser Welt überlassen. Eine europäische Alternative mit gutem Datenschutz ist wichtig für die Industrie, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Das hilft, Wertschöpfung in Europa zu halten.

Welche Projekte muss die GroKo noch anpacken?

Kamp: Aus dem Koalitionsvertrag muss noch einiges abgearbeitet werden: Einschränkung sachgrundloser Befristungen, mehr Mitbestimmung für Betriebsräte bei der Weiterbildung. Die Renten müssen auch langfristig auskömmlich sein, über das Rentenpaket von 2018 hinaus.

Wann ist die GroKo aus Gewerkschaftssicht ein Erfolg?

Kamp: Wenn sie die Transformation im Interesse der Beschäftigten gestaltet und Sicherheit im Wandel gibt – mit ganz konkreten Maßnahmen.

Frei vor Abschlussprüfungen

BERUFSBILDUNGSGESETZ Das neue Gesetz schafft Erleichterungen für Auszubildende und Prüfer, wichtige Reformen bleiben aber aus – zum Leidwesen dual Studierender. Die IG Metall macht weiter Druck.

Künftig wird die Freistellung aller Auszubildenden an Berufsschultagen garantiert. Damit dürfen auch volljährige Auszubildende vor oder nach einem langen Berufsschultag nicht mehr in den Betrieb beordert werden. Eine gesetzlich geregelte Freistellung gibt es künftig auch für den letzten Arbeitstag vor allen Abschlussprüfungen. Eine weitere Neuerung im Berufsbildungsmodernisierungsgesetz (BBiMoG): Für Fachliteratur gilt künftig die Lernmittelfreiheit. Auszubildende müssen also nicht mehr für die Kosten aufkommen.

»Gute Ausbildung ist eine wesentliche Voraussetzung für eine durch die Digitalisierung veränderte Arbeitswelt. Das neue Berufsbildungsmodernisierungsgesetz hat dafür einige gute Grundlagen geschaffen«, betont Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall. Das Gesetz wurde am 24. Oktober vom Bundestag beschlossen und soll im Januar 2020 in Kraft treten. Vor allem durch die Intervention der Gewerkschaften sei es deutlich besser als der Referentenentwurf des Bundesbildungsministeriums. Über mehrere Jahre haben sich Metallerinnen und Metaller, besonders Aktive in den Ortsjugendausschüssen, mit ihren Forderungen an Bundestagsabgeordnete gewandt und so mitgeholfen, Verbesserungen durchzusetzen.

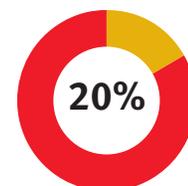
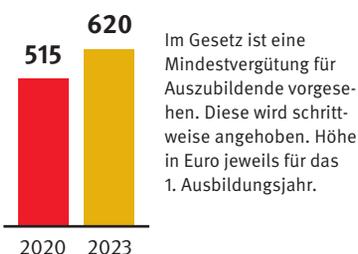
Freistellung fürs Ehrenamt Für ehrenamtliche Prüferinnen und Prüfer gilt ab sofort die gesetzlich garantierte, aber nicht bezahlte Freistellung. »Die IG Metall wird sich weiterhin für eine bezahlte Freistellung einsetzen, das wäre eine starke Wertschätzung für das Ehrenamt«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Die große Koalition hat es zudem bisher versäumt, die Situation Zehntausender dual Studierender zu verbessern. Deren betriebliche Praxisphasen sind auch im neuen Berufsbildungsgesetz nicht berücksichtigt. »Wir werden weiterhin Druck machen, bis es umfassende Schutzrechte auch für dual Studierende im Gesetz gibt«, kündigt Urban an. Die IG Metall strebt auch tarifpolitisch flächendeckende Lösungen an, um eine echte Gleichstellung von Auszubildenden und dual Studierenden zu erreichen.

Im Berufsbildungsmodernisierungsgesetz ist eine Mindestausbildungsvergütung vorgesehen. Auf Initiative der IG Metall hat es die gültige Rechtsprechung zur Angemessenheit von Ausbildungsvergütungen (sie dürfen die durchschnittliche branchenübliche Tarifausbildungsvergütung um maximal 20 Prozent unterschreiten) ins Gesetz geschafft.

Mehr zu den Neuerungen im Berufsbildungsgesetz auf: [igmetall.de](https://www.igmetall.de)

Mindestausbildungsvergütung



Ausbildungsvergütungen dürfen die durchschnittliche branchenübliche Tarifausbildungsvergütung um maximal 20 Prozent unterschreiten.

Neue Autos

braucht das Land



1880

Legende

- Sonnenaktivität. Quelle: SILSO, SIDC
- CO₂ (ppm) . Quelle: CO₂-Eiskernbohrungen in der Antarktis, CSIRO CMAR,
- Temperatur (°C) im Vergleich zum Durchschnitt 1951 bis 1980. Quelle: NASA

Wir machen Klimawandel. Noch nie in den letzten eine Million Jahren ist die globale Temperatur so schnell gestiegen, wie jetzt. Anders als in früheren Warmzeiten geht die aktuelle Erwärmung nicht auf eine natürliche Ursache zurück, sondern auf den Menschen: Die Temperatur (rot) steigt, obwohl die Sonneneinstrahlung (gelb) gleich bleibt. Zugleich ist der CO₂-Gehalt von 280 auf den Rekordstand von 400 Anteile pro Million (ppm) gestiegen.

Mehr Zahlen und Fakten zum Klima:

metallzeitung.de

AUTO DER ZUKUNFT Der Mensch verändert das Klima. Die Politik hat die Grenzwerte für CO₂ verschärft. Die Autoindustrie ist bereits voll vom ökologischen Wandel betroffen. Die IG Metall will den Wandel fair und sozial gestalten. Sie kämpft für Arbeitsplätze und Investitionen in die neuen Technologien. Doch in welche? Wir haben die Antriebe der Zukunft unter die Lupe genommen. | **Von Christoph Böckmann und Dirk Erb**



Foto: Peter Steffen/dpa/pa

Der Klimawandel ist da. Die weltweite Durchschnittstemperatur steigt so schnell wie nie. Das Wetter wird extremer. Und nein, nicht die Natur ist verantwortlich, sondern wir Menschen.

Richtig ist: Die Einstrahlung der Sonne schwankt über die Jahrtausende, abhängig von zyklischen Veränderungen der Erdbahn. Außerdem schwankt die Neigung der Erdachse, wodurch sich die Sonneneinstrahlung an den Polen ändert. Diese soge-

nannten Milankovic-Zyklen erklären den Wechsel zwischen Eiszeiten und Warmzeiten der letzten eine Million Jahre exakt.

Doch jetzt ist es anders: Naturgemäß steht gar keine Warmzeit an. Die Sonneneinstrahlung ist seit über 100 Jahren konstant (Grafik oben, gelb), aber das CO₂ in der Atmosphäre (grau) nimmt extrem schnell zu. In den letzten eine Million Jahren pendelte der CO₂-Gehalt zwischen 180 und 280 Teilen pro eine Million (parts per million, ppm). Doch seit dem 19. Jahrhundert ist das CO₂ auf heute über 400 ppm an-

gestiegen – und hält immer mehr Wärmestrahlung auf der Erde zurück.

Höchste Zeit, in CO₂-neutrale Technologien zu investieren – und zwar so, dass die Menschen auch morgen und übermorgen noch gute Arbeit haben. Deutschland ist zwar nur für zwei Prozent der Emissionen verantwortlich. Dennoch kommt uns als Industrienation eine zentrale Rolle zu: Wir müssen beweisen, dass beides geht – Klimaschutz und gute Arbeit.

Fortsetzung auf Seite 12 ►

▼ Fortsetzung von Seite 11

Der Verkehr ist neben Stromerzeugung und Industrie einer der größten CO₂-Emitenten in Deutschland. Etwa 20 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen gehen auf ihn zurück. Und beim Klimaschutz hat er einiges aufzuholen: Die Emissionen des Verkehrs sind heute im Grunde genauso hoch, wie sie es 1990 waren. Bei unseren europäischen Nachbarn sieht die Bilanz ähnlich ernüchternd aus.

Um ihre Klimaschutzziele nicht aufgeben zu müssen, zieht die EU die Zügel an. Neben neuen Mobilitätskonzepten setzt sie unter anderem auf die Reduktion der CO₂-Emissionen bei Neuwagen: Ab 2020 dürfen sie im Schnitt nicht über 95 Gramm CO₂ pro Kilometer liegen. Keine leichte Aufgabe. Zuletzt lag der europäische Durchschnitt bei 118,5 Gramm. Und es geht noch weiter: Bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen von Neuwagen um 37,5 Prozent gegenüber 2021 sinken. Zu erreichen sind die schärferen CO₂-Grenzwerte nur, wenn verstärkt Elektroautos verkauft werden. Sonst werden die CO₂-Ziele verfehlt und den Herstellern drohen herbe Bußgelder. Denn wer mit seinen verkauften Autos über der Grenzmarke liegt, der muss für jedes zusätzliche Gramm CO₂ bezahlen.

Die Mobilitätswende braucht mehr als Verbote. Besonders beim Thema Beschäftigungssicherung muss die Politik liefern. Denn durch die Mobilitätswende werden sich die Tätigkeiten der Beschäftigten in der Autoindustrie massiv ändern und auch viele Jobs wegfallen. Die IG Metall fordert deswegen ein Transformationskurzarbeitergeld. Es würde die Kurzarbeit mit Qualifizierungsmaßnahmen verbinden und damit Betriebe und Beschäftigte beim technologischen Wandel unterstützen.



Foto: Bosch

Elektro

Sie gehörten zu den ersten Automobilen. Dann wurden die Elektroautos von den Verbrennern verdrängt. Nun sind sie wieder da und diesmal wird der Verbrenner weichen müssen.

Der große Vorteil der elektrisch betriebenen Autos liegt auf der Hand: Bei der Fahrt erzeugen sie kein CO₂. Um die von der EU festgelegten Flottenemissionswerte zu erreichen, setzen die Hersteller deshalb verstärkt auf rein elektrische und teilelektrische Antriebe. Konkret heißt das: Sie entwickeln und bauen immer mehr Elektro- und Hybridautos.

Herausforderung: Das Elektroauto ist nicht per se klimaneutral. Wird Strom geladen statt Benzin getankt, hängt die Klimabilanz einer Fahrt vom Strommix ab. Der besteht in Deutschland bislang nicht nur aus klimaschonenden Quellen wie erneuerbaren Energien (33 Prozent) und Kernenergie (11,7 Prozent) sondern beispielsweise auch aus Braun- (22,5 Prozent) und Steinkohle (14 Prozent).

Dazu kommt: Während die Elektroautos beim Fahren, auch beim aktuellen Strommix, eine bessere CO₂-Bilanz haben, sieht es bei ihrer Produktion anders aus. Der sogenannte CO₂-Rucksack, mit dem die Autos vom Band rollen, ist bei Stromern deutlich größer, als bei Verbrennern. Das kommt daher, dass die Batteriezellenfertigung viel Strom verbraucht und dadurch viel CO₂ emittiert.

Die Lösung: In der Batteriezellenfertigung steckt noch viel Verbesserungspotenzial. So gehen beispielsweise Forscher des Fraunhofer-Instituts davon aus, dass sich die Treibhausgasemissionen, die bei der Batterieherstellung anfallen, in zehn Jahren halbieren werden.

Auch werden die Batterien immer effizienter. So erhöhen sich die Reichweiten der Elektroautos, die mit einer Stromladung gefahren werden können.





Foto: Bosch

»Bei neuen Technologien suchen wir häufig das Haar in der Suppe«, ärgert sich Marcus Bentfeld, Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats der Ford-Werke, und fährt fort: »Aber machen wir uns nichts vor: Auch der Verbrenner hat seine kritischen Themen, über die wir gerne hinwegsehen.« Beispiel Rohstoffe. Häufig wird beklagt, unter welchen Bedingungen die Rohstoffe für die Batterien gewonnen werden. Aber: »Wir vergessen häufig, dass teilweise auch unsere Versorgung mit Rohöl unter sehr fragwürdigen Umständen geschieht«, so Bentfeld.

Hausaufgaben: Die Hersteller haben vorgelegt. Immer mehr Elektroautos rollen bei ihnen vom Band. Doch bei der Ladeinfrastruktur hakt es noch. Hier muss die Politik dringend liefern. Begrüßenswert ist, dass sie nun einen massiven Ausbau der Ladeinfrastruktur versprochen hat. 2030 sollen eine Million Ladepunkte vorhanden sein. Bisher sind es nur knapp 20 000. Handeln statt reden muss jetzt die Devise lauten. Damit die Elektromobilität am Ende wirklich klimaneutral ist, müssen vor allem die erneuerbaren Energien noch deutlich stärker ausgebaut werden.



Foto: privat, Hany Musallam / iStock

Marcus Bentfeld, Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats der Ford-Werke
»Unterm Strich hängt der Erfolg der Mobilitätswende am Erfolg der Energiewende. Um klimaneutral zu werden, benötigt der Verkehr Strom aus erneuerbaren Quellen.«

Wasserstoff

Bislang sind Wasserstoffautos noch echte Exoten auf den Straßen. Dabei können sie in einigen Einsatzgebieten überzeugen.

Das Wasserstoffauto ist streng genommen auch ein Elektroauto. Getankt wird aber Wasserstoff, nicht Strom. Der für den Antrieb benötigte Strom wird direkt im Auto durch eine Brennstoffzelle produziert. In der Zelle reagieren Sauerstoff und Wasserstoff miteinander und erzeugen elektrische Energie. Aus dem Auspuff kommt ausschließlich Wasserdampf.

Ein großer Pluspunkt des Wasserstoffautos ist das schnelle Tanken. Auch dass der Wasserstofftank nicht so voluminös und schwer wie die Batterie des Elektroautos ist, gilt als Vorteil gegenüber den klassischen Stromern. Besonders für den Lastverkehr ist das ein wichtiger Pluspunkt.

Bei den Nachteilen gibt es Parallelen zum batteriegetriebenen Elektroauto: Die Herstellung des Wasserstoffautos ist ebenfalls CO₂-intensiver als die eines Verbrenners. Und auch teurer. Besonders der hohe Platinanteil des Brennstoffautos treibt die Kosten in die Höhe.

Abhilfe naht, denn die Technologie steht im Vergleich zum Verbrenner noch am Anfang. Forscher gehen davon aus, dass der Bedarf an Platin und Co. rapide sinken wird und gleichzeitig auch die mit der Herstellung verbundenen CO₂-Emissionen.

Einen massiven Nachteil hat das Wasserstoffauto aktuell noch: Bislang wird der Wasserstoff fast ausschließlich aus Erdgas gewonnen. Klimaneutral wird das Brennstoffzellenauto aber nur, wenn der Wasserstoff mit erneuerbaren Energien produziert wird. Dabei braucht das Wasserstoffauto unterm Strich viel mehr Strom als das klassische Elektroauto. Denn der Strom muss ja erst in Wasserstoff verwandelt werden, um dann in der Brenn-



Fortsetzung auf Seite 14 ►

▼ Fortsetzung von Seite 13

stoffzelle wieder zu Strom zu werden. Das ist ineffizient. Man braucht also deutlich mehr Strom aus Fotovoltaik- und Windkraftanlagen für das klimaneutrale Wasserstoffauto, als für das Elektroauto.

Fazit: Marcus Bentfeld, Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrats der Ford-Werke, geht deswegen davon aus: »Das Wasserstoffauto wird in nennenswerten Stückzahlen frühestens in zehn Jahren kommen.« Nahezu jeder Hersteller in Deutschland hat auch Brennstoffzellen entwickelt. Da die Rahmenbedingungen dafür aber fehlten, präsentierten sie nun vor allem Elektroautos, so Bentfeld.

Die Bundesregierung spricht im Zuge der Mobilitätswende stets von »Technologieoffenheit«. Damit sich das Engagement der Betriebe und Beschäftigten nun auch auszahlt und sich nicht als Fehlinvestition herausstellen wird, muss Berlin nun endlich die Wasserstofftechnologie aus ihrem Stiefkinddasein holen. Denn ohne staatliche Förderung wird sie zur Fehlzündung.



Foto: privat, Hany Musallam/Stock

Frank Sell, Betriebsratsvorsitzender Bosch, Feuerbach: »Ich wünsche mir von der Politik Technologieoffenheit. Sie gibt viele Milliarden für Elektroautos, Batteriefabriken und Ladeinfrastruktur aus, aber fürs Wasserstoffauto gibt es nur Kleckerbeträge.«

Foto: Volkswagen



Verbrenner

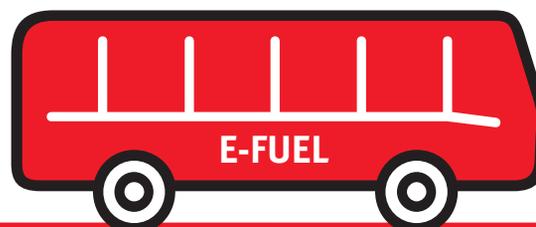
Seine Zeit scheint abgelaufen. Doch auch der Verbrenner kann klimaneutral sein. Denn nicht er, sondern sein Kraftstoff ist das Problem.

Der Verbrenner ist eine Klimasau. So lautet ein gängiger Vorwurf. Doch das stimmt nicht unbedingt. In der Produktion des Verbrenners fällt heute deutlich weniger CO₂ an als bei Elektro- oder Wasserstoffautos. Aber: Mit jedem Kilometer, den ein Verbrenner fährt, mit jedem Liter Benzin oder Diesel, den er verbraucht, verschlechtert sich seine Klimabilanz, bis sie hinter der elektrischen Konkurrenz liegt. Und die spart auch bei der Produktion immer mehr CO₂ ein.

Die Lösung des Problems: Die Kraftstoffe müssen »grün« werden. »E-Fuel« ist das Schlagwort der Stunde. Der synthetische Kraftstoff wird aus Wasserstoff und CO₂ hergestellt. Bei der Verbrennung im Auto entsteht dann zwar CO₂, aber nur so viel, wie vorher aus der Luft für die Produktion der E-Fuels entnommen wurde. Das heißt also: Auch hier ist der Antriebsprozess klimaneutral. Natürlich nur unter der Voraussetzung, dass für die Herstellung des Wasserstoffs sowie des synthetischen Kraftstoffs nur Strom aus erneuerbaren Quellen oder Atomstrom verwendet wurde.

Der Nachteil der ineffizienten Stromnutzung ist bei den E-Fuels nochmal größer als bei der Brennstoffzelle. Klar, denn es wird ein zusätzlicher Arbeitsschritt benötigt für die Produktion des synthetischen Kraftstoffs. Das führt dazu, dass der Strombedarf für mit E-Fuels betriebene Autos am höchsten ist. So werden vorerst Elektroautos und Wasserstoffautos im Straßenverkehr die Nase vorn haben.

Zum Einsatz könnten E-Fuels in näherer Zukunft aber vor allem da kommen, wo Batterien nicht infrage kommen. Zum Beispiel im Flugverkehr oder in der Seeschifffahrt. Allerdings gibt es bislang vergleichsweise wenig Investoren, die sich in diesem Bereich der E-Fuels engagieren. Hier ist also wieder die Politik gefragt: Um Technologieoffenheit zu gewährleisten, muss sie finanziell in die Bresche springen und gleichzeitig Rahmenbedingungen schaffen, die Investoren, Unternehmen und Beschäftigte für ihr Engagement belohnen.



»Das Henne-Ei-Problem lösen«

VERKEHRSWENDE Ladestationen, Wasserstoff, Batterietechnik: Energie- und Verkehrswende sind mit hohen Investitionen verbunden. Wir haben Finanzminister Olaf Scholz gefragt, woher das Geld dafür kommen soll.

Die Verkehrswende erfordert massive Investitionen – etwa in Ladestationen für E-Autos. Wie kann das finanziert werden?

Olaf Scholz: Das Klimapaket der Bundesregierung ist zunächst ja eher auf Kritik gestoßen. Ich bin aber zuversichtlich, dass es eine Liebe auf den zweiten Blick wird. Für die E-Autos wollen wir endlich das Henne-Ei-Problem lösen. Bislang war oft zu hören, es gebe nicht genug E-Autos, weil es an der nötigen Ladeinfrastruktur hapere. Und nicht genug Ladesäulen, weil sie sich nicht rentieren würden, angesichts der wenigen E-Autos auf den Straßen. Nun bauen wir die Ladeinfrastruktur massiv aus, auch finanziert mit Geld, das wir durch die Neuregelung der Kfz-Steuer, die Bepreisung des CO₂-Ausstoßes und die Ausweitung der Lkw-Maut zusätzlich erhalten.

Braucht der Staat für die nötigen Ausgaben nicht auch neue Einnahmen?

Scholz: Für den Klimaschutz planen wir sehr hohe Ausgaben, bis 2023 sind das 54 Milliarden Euro. Das ist sauber gegenfinanziert. Die Frage, ob wir hohe Vermögen wieder stärker bei der Finanzierung unseres Gemeinwesens einbeziehen wollen, haben wir als SPD gerade beantwortet: Wir wollen eine Vermögenssteuer, die sich am Schweizer Modell orientiert. Da geht es um Gerechtigkeit.

Elektroautos werden viel stärker gefördert als zum Beispiel Wasserstoffautos. Wo ist da die Technologieoffenheit?

Scholz: Wasserstoff wird wichtig. Die Forschung und Förderung der Wasserstofftechnologie ist eine zentrale Komponente unseres Klimapakets. Wasserstoff kann in Zukunft ein

Zur Person

Als Finanzminister verantwortet Olaf Scholz (SPD) den Bundeshaushalt von aktuell knapp 360 Milliarden Euro. Zuvor war er sieben Jahre lang Erster Bürgermeister von Hamburg. Scholz ist Mitglied der IG Metall.



Foto: Thomas Imo/Photothek/SPD

wichtiges Instrument zur Erreichung der Klimaziele sein. Und die Anschaffungsprämien gelten auch für Fahrzeuge mit Brennstoffzelle.

Viele kleine und mittlere Autozulieferer können die Transformation ihrer Betriebe kaum stemmen. Wird der Bund helfen?

Scholz: Ich bin mir einig mit der IG-Metall, dass wir die Transformation als Staat aktiv begleiten müssen.

Wie kann sichergestellt werden, dass Unternehmen nicht nur gern Autos in Deutschland verkaufen, sondern auch hier entwickeln und produzieren?

Scholz: Die Mitbestimmung in den Betrieben ist wichtig. Wir fordern Forschung und Herstellung in Deutschland und erwarten, dass die neuen Technologien hier auch eingesetzt werden.

Die Transformation verändert die Tätigkeiten vieler Beschäftigter. Dafür müssen sie qualifiziert werden. Wie hilft die Politik?

Scholz: Unser Ziel ist es, jede und jeden so zu qualifizieren, dass sie nicht nur die Arbeit von heute, sondern auch die von morgen machen können. Bundesarbeitsminister Heil wird noch dieses Jahr Vorschläge für ein Arbeit-von-morgen-Gesetz machen. Es wird Weiterbildung und Qualifizierung in den bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumenten stärken, auch bei der Kurzarbeit. Diese Idee unterstütze ich nach Kräften.

Was für ein Auto fährt der Finanzminister eigentlich privat?

Ich habe einen zehn Jahre alten BMW.

Digitaler Quantensprung bei Siemens in Tübingen



Foto: Deutscher Betriebsrätepreis

Der Betriebsratsvorsitzende von Siemens Tübingen, Ismayil Arslan (links) und Tobias Bäuml vom Gesamtbetriebsrat während der Preisverleihung durch den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann.

Hunderte Arbeitsplätze vor der Verlagerung retten und gleichzeitig die digitale Transformation des Betriebs vorantreiben: Dem Betriebsratsvorsitzenden Ismayil Arslan ist das beim Siemens-Werk Tübingen gelungen. Dafür nahm er mit Kollegen auf dem Betriebsrätetag den Hauptpreis in Gold entgegen.

Ohne den Betriebsrat als treibende Kraft wäre bei Siemens Tübingen vieles

anders verlaufen. »Ihr als Betriebsrat habt nicht einfach tatenlos zugeschaut, sondern den strukturellen Wandel und die Transformation im Betrieb aktiv mitgestaltet. Am Ende siegte eure Hartnäckigkeit«, sagte der IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann bei der Preisverleihung in Bonn. Faire Transformation müsse den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Das zeige Siemens Tübingen in beispielhafter Weise.

Bei Siemens in Tübingen werden Getriebemotoren gefertigt. Sie stecken zum Beispiel in den Abfertigungsbändern vieler Flughäfen. Der Schock für die rund 500 Beschäftigten kam 2017: Die Geschäfte liefen schlecht. Das Management kündigte an, die Montage nach Tschechien zu verlagern.

80 rettende Ideen Der Betriebsrat und die IG Metall reagierten sofort mit spontanen Protestaktionen und signalisierten dem Management unmissverständlich, sie würden den Standort nicht kampflos aufgeben. »Wir wussten von Anfang an, dass die enge Beteiligung der Beschäftigten ganz entscheidend sein würde«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Arslan. Der gelernte Automechaniker fahndete mit den Kollegen im Betriebsratsgremium und der Belegschaft fieberhaft nach Möglichkeiten, um den Standort zu erhalten. In Workshops mit den Beschäftigten wurden Ideen gesammelt, wie man durch den Einsatz von digitaler Technik Kosten einsparen könnte. Binnen Kurzem legten die Beschäftigten in Tübingen 80 konkrete Vorschläge auf den Tisch. Das mögliche Einsparpotenzial wurde auf mehrere Millionen Euro beziffert. Das beeindruckte das anfänglich skeptische Management. Heute sind viele der Ideen Realität geworden.

Der Deutsche Betriebsräte-Preis wird jährlich von der Fachzeitschrift »Arbeitsrecht im Betrieb« verliehen.

Kritischer Journalismus ausgezeichnet



Den 1. Preis für kritischen Journalismus 2019 der Otto Brenner Stiftung erhält ein Rechercheteam um Oliver Schröm (Correctiv) und Christian Salewski (Panorama) für die trimediale Berichterstattung über die sogenannten Cum-Ex-Files. Weitere Preise gehen unter anderem an Ulrich Wolf, den Autor des »Bautzen-Report«, sowie die Autorin Marie von Kuck für ihr Radio-Feature »Draußen. Vom Leben wohnungsloser Familien in Berlin«. Außerdem ausgezeichnet werden Ulrike Herrmann mit dem Spezialpreis der Jury für pointierte Meinungsbeiträge sowie Isabell Beer mit dem Newcomerpreis. Die Otto Brenner Stiftung verleiht den Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus 2019 zum 15. Mal.

📍 otto-brenner-stiftung.de, Interview Ulrike Herrmann: 📍 igmetall.de



Foto: Christian v. Polentz

Transformation bei Atos fair mit Tarif

Die Transformation muss fair ablaufen: Atos-Beschäftigte gehen für ihre Rechte auf die Straße – mit Erfolg.

Der IT-Dienstleister Atos/Unify mit seinen rund 30 deutschen Standorten geht die Transformation an – und erschließt neue Geschäftsfelder für die digitalisierte Wirtschaft: Cloud-Dienste, Internet der Dinge, Big Data und das neue SAP 4 HANA.

Der Umbau bedeutet aber auch, dass fast 1000 Arbeitsplätze wegfallen. Statt Beschäftigte zu entlassen, investiert Atos jetzt in ihre Qualifizierung. Das wollte sich Atos von den Beschäftigten finanzieren lassen und ihnen Geld, Zeit und Urlaub streichen.

Das ließen sich die IT-Beschäftigten nicht bieten: Im Sommer machten sie bundesweit mit Warnstreiks Druck (Foto oben).

»Wir hatten dem Arbeitgeber schon seit Jahren erklärt, dass er mehr in die Transformation investieren und qualifizieren muss«, erklärt Uwe Große, Betriebsrat von Atos AIS in Berlin. »Wer hat den Umbau verpennt? Das Management. Die Leute waren nicht bereit, dafür zu zahlen.«

Arbeitsplätze und Geld sicher Atos lenkte schließlich ein. Nach monatelangen Verhandlungen setzten die Beschäftigten

DIGITALISIERUNG Der IT-Dienstleister Atos/Unify muss umbauen – für die neuen digitalen Geschäftsfelder.

Mit einem Tarifvertrag hat die IG Metall jetzt faire Bedingungen, Qualifizierung, Arbeitsplätze und Geld der Beschäftigten in der Transformation gesichert. Es gibt Investitionen und zusätzliche Mitbestimmung. Das haben IG Metall und Betriebsräte durchgesetzt. | **Von Dirk Erb**

mit der IG Metall mehrere Tarifverträge durch: Atos investiert 140 Millionen Euro in Qualifizierung. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Ende 2022 ausgeschlossen. Die Arbeitnehmer erhalten zusätzliche Mitbestimmung bei Qualifizierung und Umbau.

Dazu wird eine gemeinsame Steuerungsgruppe mit dem Arbeitgeber gebildet, die den Umbau lenkt und gestaltet. Atos zahlt die Metall-Tariferhöhungen für 2021 und 2022. Für IG Metall-Mitglieder gibt es einen Bonus. Außerdem wurden Tarifver-

träge zur Qualifizierung und für die dual Studierenden abgeschlossen.

Als Gegenleistung bringen die Beschäftigten bis Ende 2021 im Schnitt je 22,5 Stunden Arbeitszeit ein und verschieben drei freie Tage. »Das waren schwierige Verhandlungen. Wir mussten viele Dinge durchsetzen und erst in den letzten Verhandlungen sind die Arbeitgeber davon abgerückt, dass die Beschäftigten den Großteil der Transformation bezahlen sollen«, berichtet IG Metall-Verhandlungsführer Juan-Carlos Rio Antas. »Da haben die vielen Aktionen und Warnstreiks sehr geholfen.«

Qualifizierung startet Nun machen sich die Betriebsräte an die Umsetzung. Die Steuerungsgruppe läuft. Jetzt geht es an die Personal- und Qualifizierungsplanung.

Nicht alle Beschäftigten, gerade ältere, können für jeden Job qualifiziert werden, räumt Atos-Gesamtbetriebsrat Oliver Pfaff ein. »Viele Beschäftigte müssen noch motiviert werden. Aber: Einige haben schon ihre Qualifizierungsvereinbarung unterschrieben. Die ersten Maßnahmen sind am Start.«

Wellenbrecher

FLÜCHTLINGSHILFE Vier Wochen lang arbeitet Raimund Meß als Mechaniker auf einem Schiff im östlichen Mittelmeer. Zusammen mit anderen jungen Ehrenamtlichen aus ganz Europa engagiert sich der Metaller in der Flüchtlingshilfe. Was treibt ihn an? | **Von Jan Chaberny** | **Foto: Frank Rumpenhorst**

Plötzlich sind da Lichtkugeln, gelb strahlende Suchscheinwerfer am Horizont. Unaufhörlich schwenken sie über das nachtschwarze Meer, von links nach rechts und wieder zurück. Ein hastiger Blick auf den Bordcomputer – viele kleine Punkte auf dem Radar: eine Ansammlung von Booten irgendwo da draußen, mitten in der Nacht. Da müssen sie hin, das ist klar.

Deshalb sind sie ja da.

»Wir haben den Motor angeworfen«, sagt Raimund Meß jetzt, an einem kalten Novembertag, einen Monat nach seiner Rückkehr an Land. Einen Monat, nach seiner Rückkehr aus der Ägäis, wo er, zusammen mit anderen jungen Menschen, zwischen der griechischen Insel Lesbos und dem türkischen Festland unterwegs gewesen war: Mit einem alten Schiff, der Mare Liberum, 21 Meter lang, fünf Meter breit, immer entlang der europäischen Grenze, immer auf der Suche nach Flüchtlingsbooten. »Als wir ankamen, wurden wir bereits erwartet«, sagt Raimund Meß. Schiffe der Küstenwache voraus, Fragen über Funk. »Mare Liberum, what is your intention?«

Mare Liberum, was ist Ihre Absicht?

Das ist eine Frage, die man auch Raimund Meß stellen kann, und wenn man sie stellt, an diesem kalten Novembertag, dann erzählt Raimund, dass es ihre Absicht und Aufgabe gewesen sei, so nah wie möglich an die Flüchtlingsboote ranzufahren, sich in ihrer Nähe aufzuhalten, dabei zu sein und detailliert zu protokollieren und zu dokumentieren, was in der Ägäis geschieht, Tag für Tag, Nacht für Nacht. »Die Bedingungen für Bootsüberfahrten sind alles andere als sicher«, erzählt Raimund Meß, und während er das alles erzählt, muss man ihn irgendwann sanft unterbrechen: Halt, Raimund, halt! Nun sag einmal: Was ist Deine Absicht gewesen? Warum bist Du im Spätsommer nach Lesbos gereist? Warum auf dieses Schiff gegangen?

»Ich wollte mir ein Bild von der Situation vor Ort machen«, sagt Raimund da. »Ich wollte vor allem meinen Teil dazu beitragen, um auf die Situation von Flüchtlingen aufmerksam zu machen, die mit klapprigen Booten die Überfahrt von der Türkei nach Griechenland wagen. Es ist mir wichtig zu verstehen, was dort passiert.«

Das ist nicht einfach so gesagt, soziales Engagement zieht sich wie ein roter Faden durch das Leben von Raimund Meß: Mit 16 macht der gebürtige Thüringer eine Ausbildung zum Gießereimechaniker bei

einem mittelständischen Automobilzulieferer, mit 17 wird er IG Metall-Mitglied. Politisch aktiv ist er seit seiner Jugend. Seit den Tagen, als Schulfreunde, mit denen er vorher Fußball spielte, plötzlich anfangen, über Ausländer zu schimpfen. Nun, mit 29, ist er auf dem Weg, Gewerkschaftssekretär zu werden. »Da kann ich mich für gute Arbeitsbedingungen einsetzen und meine Erfahrungen und Kompetenzen einbringen.«

Das konnte er auch auf dem Schiff.

Ende Juli schreibt Raimund Meß eine E-Mail an Mare Liberum, ein transnationaler, ehrenamtlicher Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, mit einem eigenen Schiff Beobachtungsfahrten auf der Ägäis durchzuführen. Schnell ist man sich einig – Raimund soll als Mechaniker auf der Mare Liberum anheuern. Die Crew braucht dringend einen Fachmann, der die Lenkung des Beiboots reparieren, der eine Solaranlage auf dem Dach des Schiffs installieren kann.

Schichtdienst An einem Montag Mitte September kommt Raimund an Deck, mit dabei ist ein Portugiese, ein Spanier, eine Französin. Der Kapitän kommt aus Deutschland und ist mit Ende dreißig deutlich der älteste. Sieben Ehrenamtliche, die Stunden sind strikt eingeteilt. »Wir haben im Schichtdienst gearbeitet«, erzählt Raimund. »Immer zwei zusammen haben drei Stunden Wache gehalten. Nach sechs Stunden war man wieder an der Reihe.«

Es konnte passieren, dass stundenlang nichts geschah – und dann, vor allem nachts, sahen sie plötzlich kleine schwarze Punkte auf dem Radar. Dann wussten sie: Jetzt geht es los. »Vor Ort mussten wir dann entscheiden, ob wir kooperieren und also nicht nah ranfahren oder auf Konfrontation gehen und mit Kameras dokumentieren.« Anstrengend sei diese Arbeit gewesen, körperlich auslaugend, manchmal psychisch belastend – aber nein, sagt Raimund: Bereut habe er seinen Einsatz nicht eine Sekunde, im Gegenteil. »Ich werde mich weiter für die Mission engagieren.« Es bleibe noch so viel zu tun.

Allein im Jahr 2018, das dokumentieren Zahlen der Internationalen Organisation für Migration, starben 174 Kinder, Frauen und Männer im östlichen Mittelmeerraum auf dem Weg nach Europa.

Weitere Informationen zur Arbeit von Mare Liberum findet Ihr auf der Homepage des Vereins. Hier gibt es auch die Möglichkeit, Geld zu spenden.

📍 mare-liberum.org



▼
»Ich wollte mir ein Bild von der Situation machen.« Vier Wochen arbeitete Raimund Meß auf einem Schiff im Mittelmeer. Nun ist er zurück in Deutschland.



Fotos: Cordula Kropke



Bei Dräger in Lübeck arbeiten Beschäftigte der Produktion gemeinsam in kleinen Teams. Betriebsrätin Silke Boldt (oben) achtet darauf, dass für die Kolleginnen und Kollegen keine neuen Belastungen entstehen.

Schöne neue Arbeitswelt

GESUNDHEITSSCHUTZ Der Einzug digitaler Technologien und agiler Arbeitsformen in Werkshallen und Büros ist oftmals verbunden mit der Hoffnung auf eine humanere Arbeitswelt. Die aber kommt nicht von allein. Klar ist: Im Zuge der Digitalisierung entstehen für die Beschäftigten auch neue Belastungen. Neue Präventionsstrategien müssen entwickelt werden. | **Von Jan Chaberny**

Ja, stimmt, sagt Silke Boldt, arbeiten in agilen Teams, die selbst darüber entscheiden, wann und wie sie welche Arbeitsschritte angehen, das hört sich gut an. Und, ja, auch richtig, wenn Kolleginnen und Kollegen gemeinsam diskutieren, wie sie ihre Woche organisieren und danach dann das Volumen der Arbeit angepasst und festgelegt wird, dann klingt das erstmal toll.

»Aber es reicht eben nicht, dass etwas nur gut klingt, wenn wir über neue Arbeitsformen sprechen«, sagt Silke Boldt und atmet hörbar aus. Seit 1986 arbeitet die 58-Jährige bei Dräger in Lübeck, seit 1990 ist sie Betriebsrätin, seit 16 Jahren kümmert sie sich als Schwerbehindertenvertreterin um Kolleginnen und Kollegen mit Behinderungen – und in all den Jahren sind ihr schon viele wohlklingende Begriffe um die Ohren geflogen. »Am Ende interessiert mich einzig, ob eine neue Arbeitsform auch für die Beschäftigten funktioniert. Für sie dürfen keine neuen Belastungen entstehen.«

Das kann, wenn man nicht aufpasst, schnell geschehen. Bei Dräger in Lübeck

zum Beispiel arbeiten rund 640 der 1500 Beschäftigten, die in der Produktion Geräte aus der Medizin- und Sicherheitstechnik herstellen, nun in kleinen Gruppen und Teams. Und diese arbeiten agil. Das bedeutet, dass die Gruppensprecher sich jeden Morgen um ein Dashboard zur Konferenz gruppieren. Dass sie dort besprechen, was zu tun ist. Als Gruppe. Dass sie eigenständig einen Plan festlegen, die Arbeit der Woche organisieren – und diese nach eigenen Vorgaben abarbeiten. Ist das Dashboard leer, dann ist die Arbeit der Woche getan. Dann ist Luft zum Durchatmen. Es könnte ein selbstbestimmtes Arbeiten sein, ein angenehmes.

Könnte.

In Wirklichkeit ist es so, dass die Krankenquote in der Produktion gerade in den Bereichen besonders hoch ist, in denen in kleinen Teams gearbeitet wird. Sie liegt dort bei acht bis neun Prozent. In Wahrheit ist es so, dass viele Kolleginnen und Kollegen zu Silke Boldt kommen und klagen. Darüber, dass sie schlecht schlafen können, darüber,

dass sie sich gehetzt und erschöpft zugleich fühlen – wie ausgebrannt. Weil sich doch von außen eingemischt wird, weil die Planungen doch umgeschmissen wurden, weil doch neue Aufträge reingekippt werden. »Damit ist es mit der Selbstbestimmung dann vorbei, das erzeugt psychische Belastungen«, sagt Silke Boldt. »Es muss endlich mit der Vorstellung aufgeräumt werden, dass agile Arbeitsmethoden und neue Technologien automatisch zu einer Arbeitswelt ohne übermäßige Belastungen führen. Dem ist nicht so.«

Neue Belastungen Eher gilt das Gegenteil, denn mittlerweile ist klar: Im Zuge der Digitalisierung kommen neue Belastungen auf die Beschäftigten hinzu. Das zeigt etwa der Transformationsatlas, den die IG Metall erstellt hat. Für den Transformationsatlas wurden Betriebsräte und Vertrauensleute aus knapp 2000 Betrieben zur künftigen Entwicklung ihres Unternehmens befragt. 77 Prozent gehen davon aus, dass mit der Digitalisierung neue Arbeitsbelastungen ent-

stehen. Fast die Hälfte, 46 Prozent der Betriebe verbindet mit der Transformation eher Risiken hinsichtlich der Entwicklung von Arbeitsbelastungen. Chancen sehen 18 Prozent, 36 Prozent sind unsicher. Die Folgen sind nicht zu unterschätzen: Psychische Belastungen, das haben wissenschaftliche Studien belegt, können krank machen. Und zwar an Körper und Seele.

»Die neuen digitalen Technologien werden allzu oft mit der trügerischen Hoffnung auf eine humanere Arbeitswelt verbunden«, sagt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. »Einerseits sind die körperlichen Belastungen bis heute auf hohem Niveau, gleichzeitig nehmen psychische Belastungen und daraus resultierende Erkrankungen deutlich zu. Daher ist die Entwicklung neuer Präventionsstrategien zwingend geboten.«

Gerade die Verhältnisprävention, also die Gestaltung der Arbeitsplätze, müsse aufgewertet werden. »Insbesondere die Ermittlung und Beurteilung von Gefährdungen muss vorausschauend angelegt sein, damit gesundheitsgefährdende Belastungskonstellationen gar nicht erst entstehen«, so Hans-Jürgen Urban.

Gezielte Maßnahmen Bei Dräger in Lübeck machen sie genau dies: eine vorausschauende Beurteilung von Gefährdungen, die es möglich macht, rechtzeitig Konsequenzen zu ziehen. »Wir haben herausgefunden, dass viele Belastungen einerseits in der Gruppe selbst entstehen und andererseits durch unklare Rollenverteilungen, unartikulierte Erwartungen und falsches Führungsverhalten verursacht werden«, sagt Silke Boldt. »An diesen Punkten können wir ansetzen.«

Konkret bedeutet das, dass Silke Boldt und ihr Team in Produktionsgruppen gehen, dass sie die Beschäftigten beteiligen, mit ihnen sprechen – über gegenseitige Erwartungen und Enttäuschungen, darüber, dass Selbststeuerung gut klingt und gut ist, dass sie aber auch gelernt werden muss. »Gute Arbeit lässt sich nur unter Einbindung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen erreichen«, sagt Hans-Jürgen Urban.

»Die Kolleginnen und Kollegen müssen sich selbst ermächtigen«, sagt Silke Boldt, »sie müssen hinter ihren Beschlüssen ste-

hen, sie dürfen sich von Führungskräften nicht aus dem Tritt bringen lassen.« Und die Führungskräfte müssten lernen, weniger zu kontrollieren und Freiheit zuzulassen. Nur so könnten Räume entstehen, in denen eigenverantwortlich und ohne übermäßige Belastungen gearbeitet werden könne.

Aber natürlich, sagt Silke Boldt, sei nicht einzig und allein eine gute Arbeitsorganisation wichtig. Wichtig seien auch gute Arbeitsräume. Und genau an dieser Stelle kommt Peter Neubauer ins Spiel.

Peter Neubauer ist 41 Jahre alt und Betriebsrat beim Automobilzulieferer Schaeffler in Herzogenaurach. Rund 11000 Menschen arbeiten am Standort, 65 Prozent von



Foto: privat

»Agile Arbeitsformen und neue, innovative Büroraumkonzepte müssen Hand in Hand gehen«, sagt Betriebsrat Peter Neubauer (oben). Bei Schaeffler in Erlangen haben sie das umgesetzt.



Foto: Schaeffler Sondermaschinenbau

ihnen außerhalb der Produktion. Seit Langem schon arbeiten ganze Abteilungen mit agilen Methoden – und von Anfang an war Peter Neubauer klar, dass das Einführen neuer Arbeitsformen einhergehen muss mit der Gestaltung neuer Arbeitsplätze. »Agile Arbeitsformen und innovative Büroraumkonzepte müssen Hand in Hand gehen«, sagt er. »Vor allem muss sichergestellt sein, dass die Regeln und Richtlinien etwa zur Gestaltung von Arbeitsstätten auch in der digitalen Arbeitswelt gelten.«

Gemeinsam umsetzen Ein paar Kilometer vom Standort in Herzogenaurach entfernt, in Erlangen, haben Neubauer und sein Team gezeigt, wie es gehen kann: Eine alte Halle wurde dort vollständig umgebaut, zu einer Arbeitsstätte, in der 570 Beschäftigte im Bereich des Sondermaschinenbaus arbeiten, Entwickler oben, Kollegen der Pro-

duktion in der unteren Ebene. Hier ist es gelungen, die neue agile Arbeitswelt mit den grundlegenden Regeln des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu verbinden.

Wie das aussieht? Stylish, hübsches Interieur, doch das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass zwar ein Desk-Sharing-Modell durchgesetzt wurde, es nun rechnerisch nicht mehr für jeden Beschäftigten einen eigenen Arbeitsplatz gibt – dass diese Maßnahme aber nicht über Abteilungen übergestülpt und zudem von weiteren Maßnahmen begleitet wurde. »Jeder Bereich hat selbst analysiert, ob sich Desk-Sharing für seine Arbeitssituation eignet. Das lief alles beteiligungsorientiert. Dann haben

wir eine gute Home-Office-Regelung abgeschlossen, die den Beschäftigten Freiräume gibt«, sagt Peter Neubauer. Schließlich wurde, unterstützt vom Betriebsrat, das Büroraumkonzept ausgearbeitet und umgesetzt: Büroflächen, die Platz zum ungestörten Arbeiten wie zum Konferieren bieten, die viele Rückzugsmöglichkeiten haben und dabei so offen gestaltet sind, dass sie die Kommunikation fördern.

»Wir haben darauf geachtet, dass alle Anforderungen an die Raumabmessung, an die Verkehrs- und Fluchtwege eingehalten, dass alle Aspekte zur Beleuchtung, zur Raumtemperatur und Akustik beachtet und alle Gestaltungsregelungen für Bildschirm- und Büroarbeitsplätze umgesetzt werden«, sagt Peter Neubauer. Eine harte, aufreibende Arbeit sei das manchmal gewesen, das schon. »Aber sie hat sich gelohnt.«



Foto: Frank Rumpenhorst

Tjark Menssen
ist Jurist bei der
DGB Rechtsschutz
GmbH.

»Aufgrund der Vereinbarungen über das Führen eines Arbeitszeitkontos wollte der Beklagte offenbar das unternehmerische Risiko, den Arbeitnehmer beschäftigen zu können, auf den Kläger abwälzen.« Mit diesem Satz sprachen die Richter am Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern einem Arbeitnehmer mehr als 6200 Euro zu. Der Methode der Firma, über Minusstunden bares Geld zu sparen, wurde somit ein Riegel vorgeschoben.

Der Schweißer arbeitete von 2009 bis Ende April 2017 bei dem Unternehmen, das sich mit der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung beschäftigt. Neben seinem Arbeitsvertrag bestand eine Vereinbarung über die Führung eines Arbeitszeitkontos, das am Ende seiner Tätigkeiten ein negatives Stundensaldo von 163 Stunden auswies. Die wurden ihm von seinem Lohn abgezogen, obwohl er andererseits sogar mehr als 400 Überstunden unbezahlter Arbeit aus der Vergangenheit nachweisen konnte.

Stundenkonto unwirksam Der Arbeitgeber verwies auf Verjährungsfristen und berief sich auf das Arbeitszeitkonto, das die Minusstunden enthielt. Dieses Stundenminus konnte dem Mann aber nicht angelastet werden. Damit hätte die Firma ihr eigenes unternehmerisches Risiko auf den Schweißer übertragen. Das sahen auch die Richter so, die festhielten, dass

Leiharbeitsfirma verzockt sich

RECHT SO Durch Minusstunden auf dem Arbeitszeitkonto eigene Risiken zu kompensieren ist eine weit verbreitete Methode von Leiharbeitsfirmen. In Stralsund sollte so an einem Beschäftigten ordentlich gespart werden. Der wehrte sich – mit einer klaren Rechtsprechung im Rücken.

Newsletter Recht so!

Dieser Artikel erschien zuerst im Newsletter Recht so! Der Newsletter informiert fünfmal jährlich über die Arbeit der DGB Rechtsschutz GmbH, über aktuelle Urteile aus dem Arbeits- und Sozialrecht und über interessante Fälle der Rechtssekretärinnen und -sekretäre vor Ort.

📧 dgbrechtsschutz.de

die Vereinbarung über das Stundenkonto unwirksam sei. Denn so würden die monatlich per Arbeitsvertrag festgehaltenen Arbeitsstunden als »Lohnvorschuss« behandelt, was nicht zulässig ist.

»Das Arbeitszeitkonto im Leiharbeitsverhältnis darf nicht dazu eingesetzt werden, § 11 Absatz 4 Satz 2 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zu umgehen und das vom Verleiher zu tragende Beschäftigungsrisiko auf den Leiharbeitnehmer abzuwälzen«, so das Urteil. Damit schützt das Gesetz ausdrücklich Leiharbeitnehmer vor Verdienstaufschlägen. Auch bei dem Beschäftigten war die Anwendung des Arbeitszeitkontos nicht rechtmäßig.

Keine Argumente Darüber hinaus widersprach die Vereinbarung selbst der Argumentation des Arbeitgebers: Ein negativer Saldo des Arbeitszeitkontos war laut dieser gar nicht auf den Folgemonat übertragbar. Die regelmäßige Arbeitszeit war »innerhalb eines Referenzzeitraums (Monat) zu erreichen«. Die Minusstunden des Beschäftigten vom Mai 2014 konnten ihm drei Jahre später nicht mehr angerechnet werden. Mit ein bisschen mehr Weitblick hätte sich die Firma den Weg vor Gericht sparen können.

📍 **Landesarbeitsgericht Mecklenburg-Vorpommern, vom 1. April 2019, 4 Sa 124/18**



DER RECHTSFALL

Hartz-IV-Sanktionen teilweise verfassungswidrig

Das Arbeitslosengeld II – besser bekannt als Hartz IV – ist als Existenzminimum gedacht. Trotzdem kürzen Jobcenter Hartz-IV-Empfängern regelmäßig die Bezüge. Das Bundesverfassungsgericht hat nun entschieden: Der Hartz-IV-Satz darf maximal um 30 Prozent gekappt werden. Für Härtefälle muss es eine zusätzliche Ausnahmeregelung geben. Die bislang angewandten Kürzungen um 60 oder gar 100 Prozent sind in derzeitiger Form verfassungswidrig. Dasselbe gilt für die Vorschrift, jede Kürzung pauschal und starr für drei Monate auszusprechen.

Zur Urteilsbegründung sagen die Verfassungsrichter: Das Grundgesetz garantiert eine menschenwürdige Existenz aller Bürgerinnen und Bürger. Der Gesetz-

geber muss diese sichern. In der Gestaltung des Existenzminimums räumt das Gericht zwar Spielräume ein – aber nicht unbegrenzt. Einschnitte müssen besonders begründet werden. Dies ist aktuell nicht der Fall.

Die Folgen Das Urteil hat unmittelbare Folgen für die Praxis: Die Verfassungsrichter haben eine Übergangsregelung erlassen. Diese Regelung hat Gesetzeskraft. Hartz-IV-Bescheide, die bereits bestandskräftig sind, bleiben, wie sie sind. Bescheide, die per Widerspruch oder Klage angegriffen wurden, müssen aufgehoben werden. Bis zur Neuregelung müssen Jobcenter die verfassungswidrigen Paragraphen nach Maßgabe des Ur-

teils anwenden. Hier bleibt abzuwarten, wie die internen Weisungen für die Jobcenter lauten werden.

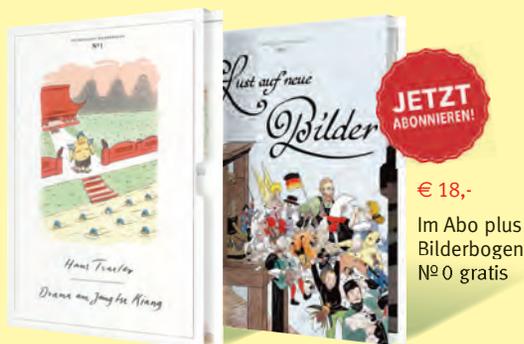
Der Auftrag Hans-Jürgen Urban, der im IG Metall-Vorstand für Sozialpolitik zuständig ist, sagt zu dem Urteil: »Dass die Karlsruher Richter Teile der Sanktionen für verfassungswidrig erklären, ist ein Handlungsauftrag, den die Politik nicht auf die lange Bank schieben sollte. Das vorhandene Sanktions- und Zumutbarkeitsregime muss überwunden und durch unterstützende und weiterbildende Maßnahmen ersetzt werden – im Interesse der Betroffenen und im Interesse einer qualifikationsförderlichen Arbeitsmarktpolitik.«

simon.berberich@igmetall.de

Anzeige

Buchergilde

Lust auf neue Bilder BÜCHERGILDE BILDERBOGEN



Kalender: Alle Monatsblätter finden Sie unter buechergilde.de



Wandkalender 2020 Hans Ticha

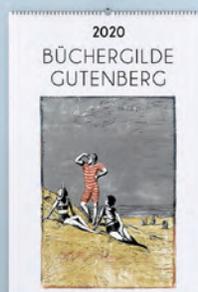
Hans Ticha at his best: eigenwillig, experimentierfreudig, ironisch und prägnant. Herbert Sandberg bezeichnete Tichas unnachahmlichen Stil sehr treffend als „Kugelismus“.

€ 34,-

Wandkalender 2020 Buchergilde Gutenberg

Monat für Monat präsentiert der Kalender herausragende Beispiele der Buchillustration von Christian Gralingen, Thomas M. Müller, Franziska Neubert, Christine Nippoldt u. v. m.

€ 29,-



Begrüßungs-
geschenk
Mehr unter:
[buechergilde.de/
neu](http://buechergilde.de/neu)



Unser Auftrag. Eure Vorteile

**Angebote und Leistungen
für IG Metall-Mitglieder**

Servicegesellschaft mbH
für Mitglieder der IG Metall
E-Mail: info@igmservice.de

Newsletter abonnieren –
aktuelle Angebote erhalten
[www.igmservice.de/
newsletter](http://www.igmservice.de/newsletter)



Die Buchergilde Gutenberg ist neuer Kooperationspartner der IG Metall Servicegesellschaft. Als Begrüßungs-geschenk erhalten Neumitglieder zu ihrem ersten Kauf ein Buchergilde-Buch ihrer Wahl.

Heißer Flirt beim Glühwein?

RATGEBER In vielen Unternehmen stehen jetzt Weihnachtsfeiern an. Wie Ihr peinliche Patzer vermeidet.

Von Martina Helmerich | Illustrationen: Leonardo Pellegrino

Hingehen oder nicht?

Eine Weihnachtsfeier soll den Zusammenhalt der Belegschaft stärken. Natürlich gibt es keine Anwesenheitspflicht. Wem nicht danach ist, der sollte sich dennoch eine gute Ausrede einfallen lassen. Sonst gilt man schnell als Eigenbrötler. Fällt die Feier ganz oder teilweise in die reguläre Arbeitszeit, müssen diejenigen, die nicht teilnehmen, unter Umständen arbeiten. Aus sachlichen Gründen kann der Arbeitgeber einzelne Mitarbeiter von der Einladung ausnehmen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn der laufende Betrieb aufrechterhalten werden muss.

Dezenter Flirt oder heftiges Anbaggern?

So manches kleine Abenteuer und sogar Ehen nahmen ihren Anfang auf einer Weihnachtsfeier. Gesteigertes Interesse an der Kollegin oder dem Kollegen sollte aber nicht in ein Gefummel vor den Augen der gesamten Belegschaft ausarten. Man könnte schneller zum Gegenstand des Flurfunks werden, als einem lieb ist. Umgekehrt gilt: Wird eine Kollegin oder ein Kollege zu aufdringlich, sollte man ihr oder ihm höflich, aber bestimmt die Grenzen aufzeigen. Eine gewisse Zurückhaltung kann auf der Weihnachtsfeier jedenfalls nicht schaden.

Den Chef auf einmal duzen?

Immer wieder kommt es vor, dass Führungskräfte im alkoholisierten Zustand Dinge versprechen, Zugeständnisse machen oder aus heiterem Himmel zum Du übergehen. Ob es dabei bleibt, sollte man später mit kühlem Kopf beurteilen. Wurde die Brüderschaft im offensichtlichen Rausch vollzogen, ist es wahrscheinlich besser, nach der Weihnachtsfeier wieder zum Sie zurückkehren. Erst wenn der oder die Vorgesetzte erneut das Du anbietet, gilt es auf Dauer.

▼
Eine Weihnachtsfeier mit Kolleginnen und Kollegen ist gut fürs Betriebsklima. Das geht, auch, ohne über die Stränge zu schlagen.



Dresscode und Lästerverbot

Wer gern mit einer Nikolausmütze oder einem blinkenden Accessoire zur Weihnachtsfeier gehen will – nur zu. Spaßvögel sind im Kollegenkreis meist allseits beliebt. Etwas anderes ist es, in unangemessener Kleidung zu erscheinen. Da wird man schnell zum Gesprächsthema. Noch ein No-Go: über Kolleginnen oder Kollegen lästern. Auch wenn man sich mit manchen Beschäftigten oder Vorgesetzten nicht ganz so gut versteht, sollte man auch beim Feiern professionell bleiben. Die entspannte Atmosphäre ist kein Grund, über Dritte verbal herzufallen.

Alkohol und Benehmen

Auch wenn es in gemütlicher Runde Alkohol in Mengen gibt, sollte man nicht vergessen: Auf der betrieblichen Weihnachtsfeier befindet man sich in seinem normalen Arbeitsumfeld. Deshalb den Anlass lieber zum Netzwerken nutzen, als über die Stränge zu schlagen und sich hemmungslos an der Theke zu bedienen. Wer nach ein paar Gläsern Wein zum Exzess neigt, gefährdet nicht nur sein berufliches Fortkommen, auch das Ansehen ist nach einer Entgleisung vor Publikum ramponiert. Wer im Rausch Vorgesetzte oder Kollegen beleidigt, belästigt oder sogar verletzt, riskiert eine verhaltensbedingte, in schweren Fällen sogar eine fristlose Kündigung. Eine ausgiebige Weihnachtsfeier ist auch kein Entschuldigungsgrund, am nächsten Tag zu fehlen. Wer krank ist, muss zum Arzt gehen und eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung einreichen. Fehlen Beschäftigte am Folgetag unentschuldigt, müssen sie mit einer Abmahnung rechnen. Fehlen sie wiederholt unentschuldigt, kann dies sogar zur Kündigung führen.

Unfallschutz hin und zurück

Damit die Veranstaltung unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung fällt, müssen diese Bedingungen erfüllt sein:

- ▶ Die Feier muss im Unternehmensinteresse liegen und betrieblichen Zwecken dienen.
- ▶ Die Zusammenkunft sollte die Verbundenheit zwischen der Unternehmensleitung und den Beschäftigten sowie den Beschäftigten untereinander fördern.
- ▶ Die Veranstaltung muss allen Mitarbeitern – bei größeren Unternehmen aus organisatorischen Gründen mindestens einer kompletten Abteilung – zugänglich sein und von der Unternehmensleitung durchgeführt oder zumindest gebilligt werden.

Davon ist beispielsweise auszugehen, wenn die Unternehmensleitung die Kosten trägt oder die entsprechende Freistellung während der Arbeitszeit gewährt. Unfallschutz besteht auch auf dem direkten Hin- und Rückweg sowie außerhalb des Betriebsgeländes. Während der Feier stehen alle Aktivitäten unter Versicherungsschutz, die mit dem Gemeinschaftszweck vereinbar sind – zum Beispiel Essen, Sport, Spiele und Tanzen. Ebenfalls abgesichert sind die Vorbereitungen des Festes sowie die Aufräumarbeiten danach. Gäste oder Ehepartner, die mitfeiern, sind dagegen nicht versichert.



Aufpassen bei Absackern

Wann eine Feier endet, bestimmt der bzw. die Vorgesetzte. Beschließt er oder sie die Veranstaltung offiziell, sind anschließende Unfälle nach weiteren Absackern oder sogar einem Ortswechsel nicht mehr durch die betriebliche Unfallversicherung abgedeckt. Wurde das Ende nicht offiziell bekanntgegeben, kommt es darauf an, ob noch weitere Vorgesetzte und mehrere Kollegen anwesend sind. Feiert nur noch ein Abteilungsleiter mit einem Mitarbeiter und sind alle anderen schon nach Hause gegangen, ist kein Unfallversicherungsschutz mehr gewährleistet.

Da war doch noch was

Oft werden Fotos von Weihnachtsfeiern gemacht, die der Arbeitgeber zu Werbezwecken auf der Homepage oder auf Social-Media-Kanälen verwenden will. Dafür braucht der Arbeitgeber eine schriftliche Einwilligung der Abgebildeten. Die Mitarbeiter müssen informiert werden, wo und in welchem Kontext die Aufnahmen veröffentlicht werden. Ähnliches gilt, wenn Beschäftigte auf ihrem persönlichen Profil Bilder von der Weihnachtsfeier posten. Auch da sollte man immer die Kollegen fragen, die mit drauf sind. Am besten verfängliche Motive von vornherein aussortieren.

Starke soziale Spaltung im Weiterbildungssystem

WEITERBILDUNG Die Chancen sind im Weiterbildungssystem nach wie vor ungleich verteilt, wie eine DGB-Analyse zeigt. Sie untermauert Forderungen der IG Metall.

Führungskräfte nehmen häufiger als Ungelernte an Weiterbildungen teil, Erwerbstätige häufiger als Erwerbslose, Junge häufiger als Ältere – das zeigt eine Analyse des DGB. Sie kommt zu dem Schluss: Im deutschen Weiterbildungssystem herrscht weiter eine Zwei-Klassen-Gesellschaft.

Die Chancen sind nach wie vor ungleich verteilt: So haben im Jahr 2018 beispielsweise mit 78 Prozent deutlich mehr Führungskräfte an einer Weiterbildung teilgenommen als An- und Ungelernte (44 Prozent). Das geht aus Zahlen des Bundesbildungsministeriums hervor, die der DGB für seine Analyse ausgewertet hat.

Eine andere Erkenntnis: Der Bedarf an Weiterbildung wird aufgrund des Strukturwandels der Arbeitswelt zunehmen. Die IG Metall schlägt die Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes vor, das Kurzarbeit mit Qualifizierung verbindet. Zudem sollen Weiterbildungsmentoren Kollegen im Betrieb unterstützen und sie durch persönliche Ansprache zur Teilnahme an beruflicher Weiterbildung motivieren.

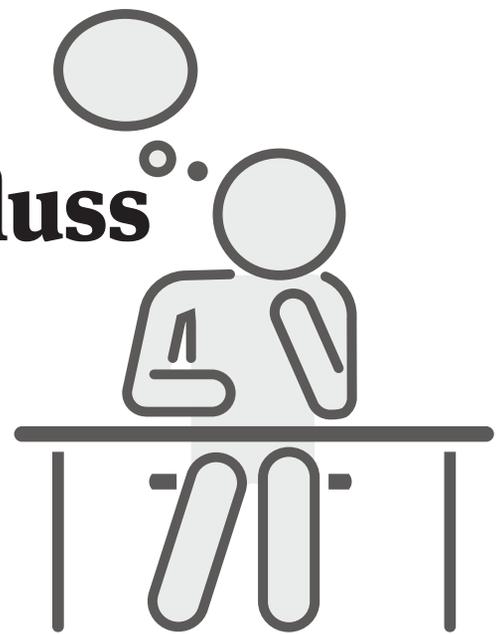


Foto: Adam Gregor/Stock

Im deutschen Weiterbildungssystem herrscht weiter eine Zwei-Klassen-Gesellschaft.

Schulabschluss nachholen

ZWEITER BILDUNGSWEG Wer beruflich weiterkommen will und dafür einen bestimmten Schulabschluss benötigt, kann den sogenannten zweiten Bildungsweg nehmen. Er führt bis zur Befähigung für eine Studium. Wir geben einen Überblick, wo Schulabschlüsse nachgeholt werden können, was es bei einem Selbststudium zu beachten gilt und welche Prüfungsmöglichkeiten bestehen.



Der zweite Bildungsweg eröffnet neue Perspektiven. Darüber lassen sich berufs begleitend oder in Vollzeit alle Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen nachholen: Hauptschul- oder Realschulabschluss, Fachabitur oder allgemeine Hochschulreife. Zentrale Säulen des zweiten Bildungswegs sind Abendmittelschule, Abendrealschule, Abendgymnasium und das Kolleg. Daneben bieten einige Bundesländer Sonderlösungen. Mittlerweile gibt es neben den Abendangeboten der Bildungsträger vielfältige Stundenpläne, die den Bedürfnissen von Menschen mit familiären Pflege- und Betreuungspflichten oder im Schichtdienst gerecht werden sollen.

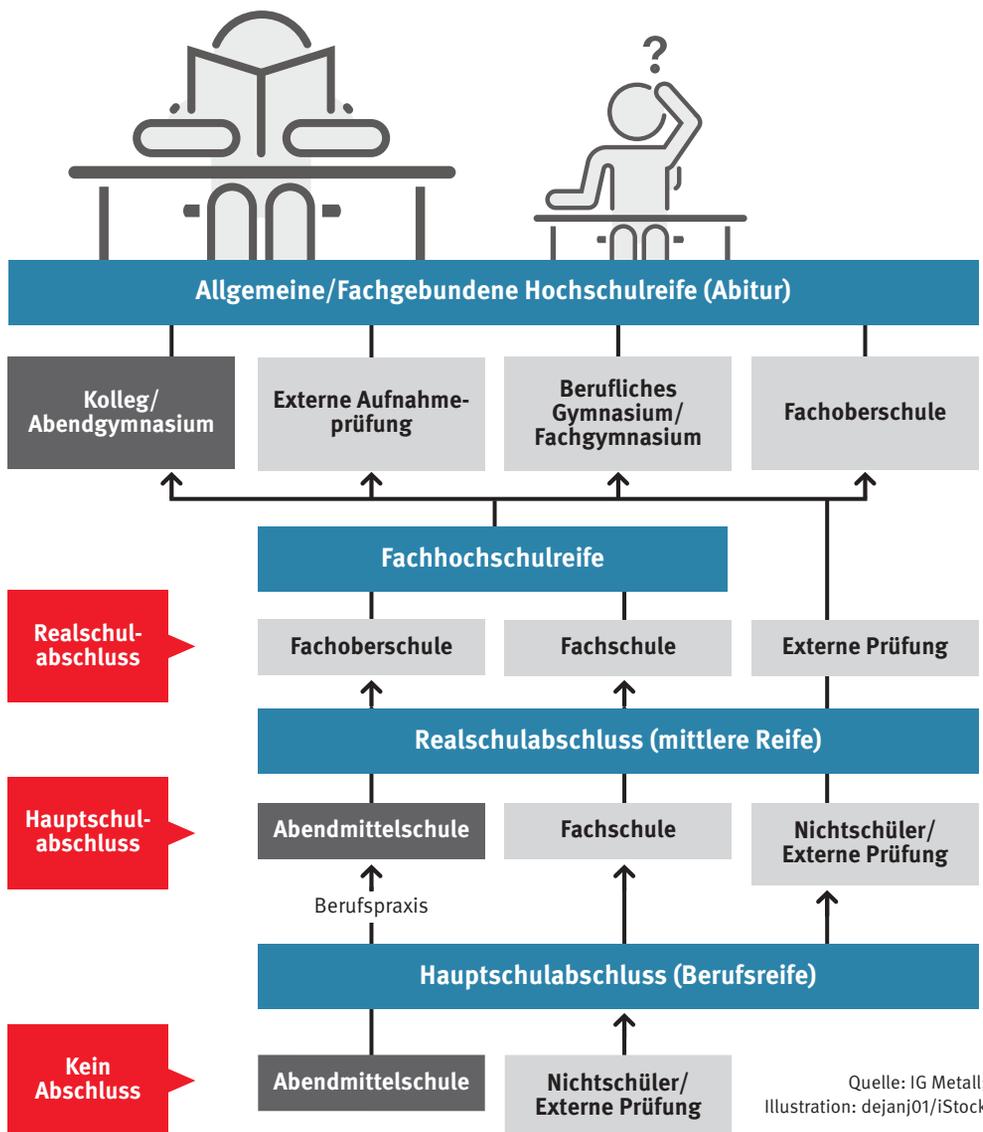
Selbststudium Wer ein Selbststudium aufnimmt, muss sich den Lernstoff eigenverantwortlich aneignen. Diese Art des Lernens bietet einige Vorteile. Die Lernenden können weiterhin Voll- oder Teilzeit arbeiten und sich in der restlichen Zeit den Büchern widmen. Die Zeit lässt sich frei einteilen. Was erst einmal positiv scheint, kann allerdings auch Nachteile mit sich bringen: Ohne feste Unterrichtszeiten und Arbeitsaufgaben kann der Lernstoff wie auch der Aufwand schnell zu viel werden. Außerdem gibt es keine Ansprechperson, die Fragen beantwortet. Das Selbststudium erfordert ein hohes Maß an Motivation und Disziplin. Wer sich dennoch dafür entscheidet, sollte einen begleitenden Kurs an einer Abend- oder Volkshochschule belegen. Über das Selbststudium lassen sich alle Schulabschlüsse nachholen.

Hauptschulabschluss Der zweite Bildungsweg bietet mehrere Möglichkeiten, den Hauptschulabschluss und damit die sogenannte Berufsreife zu erlangen: unter anderem die Abend- oder die Volkshochschule. Den Hauptschulabschluss über den zweiten Bildungsweg nachholen dürfen nur diejenigen, die zuvor die Vollzeitschulpflicht von acht bis zehn Jahren erfüllt haben.

Realschulabschluss Wer einen Realschulabschluss nachholen will, kann dies an Berufskollegs, Abendrealschulen und über das Selbststudium durch eine Externen- oder Nichtschülerprüfung tun. Menschen mit Hauptschulabschluss erhalten ihren Realschulabschluss in der Regel, sobald sie die Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bestanden haben.

Fachhochschulreife Die Fachhochschulreife kann an Abendgymnasien, Berufsbeziehungsweise Fachoberschulen erworben werden. Die Fachhochschulreife ist der zweithöchste Schulabschluss in Deutschland. Wer erfolgreich abschließt, kann an einer Hochschule bestimmte Studiengänge aufnehmen.

Fachgebundene Hochschulreife Wer die fachgebundene Hochschulreife durch den Abschluss an einer Berufs- oder Fachoberschule Klasse 13 (mit einer Fremdsprache) erlangt, kann an Fachhochschulen alle Studiengänge, an Universitäten nur fachgebundene Studiengänge studieren.



Allgemeine Hochschulreife Wer ein Abendgymnasium, ein Kolleg und – je nach Bundesland – eine Fachober- oder Berufsoberschule erfolgreich abschließt, erlangt die allgemeine Hochschulreife. Es gibt auch die Möglichkeit, dafür eine Begabten- oder Externenprüfung abzulegen. Die Vorbereitung erfolgt in diesen Fällen in Eigenregie. Nicht in allen Bundesländern ist eine Begabtenprüfung möglich, meist gilt zudem ein Mindestalter von 25 Jahren. Das Abitur berechtigt schließlich formal zum Studium aller Studiengänge an allen Hochschulen.

Externenprüfung Unter bestimmten Voraussetzungen kann man sich zu Hause eigenverantwortlich auf einen Abschluss vorbereiten und dann eine Externenprüfung (beziehungsweise Nichtschülerprüfung) ablegen. Auf diesem Weg lassen sich alle Schulabschlüsse nachholen. Es gibt begleitende, kostenpflichtige Vorbereitungskurse an Abend- oder Volkshochschulen. Die Prüfung findet einmal im Jahr statt.

Begabtenprüfung In einigen Bundesländern können besonders begabte Berufser-

fahrene (mit abgeschlossener Ausbildung und mehrjähriger Berufspraxis) über die Begabtenprüfung die allgemeine Hochschulreife erwerben, ohne vorher ein Abendgymnasium oder Kolleg besucht zu haben. In diesen Bundesländern gibt es Einrichtungen, die Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Begabtenprüfung anbieten.
Jens.Knuettel@igmetall.de

Vorbereitungslehrgänge lassen sich mit den Suchbegriffen »Externenprüfung« beziehungsweise »Hochschulreife« finden unter:
<https://kursnet-finden.arbeitsagentur.de>

Weitere Informationen

Nicht in jedem Bundesland gibt es alle Schulformen auf dem zweiten Bildungsweg. Wir haben eine Übersicht zu den gängigen Formaten zusammengestellt:

➤ igmetall.de

→ Suche: Schulabschluss nachholen

Der zweite Bildungsweg kann über die Hans-Böckler-Stiftung gefördert werden:

➤ boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Beauftragte der Herausgeber:

Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:

Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Chef vom Dienst:

Artur Siemens

Redaktion:

Simon Che Berberich,
Christoph Böckmann, Jan Chaberny,
Dirk Erb, Martina Helmerich,
Jens Knüttel, Antonela Pelivan

Art-Direktion:

Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:

Michael Schinke

Sekretariat:

Beate Albrecht

📧 metallzeitung.de

Angebot für Sehbehinderte:

metallzeitung gibt es auch als PDF oder Word-Datei:

📧 metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:

Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-2224
Fax: 069 66 93-2538

📧 vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur
Pallaswiesenstraße 109
64293 Darmstadt
📧 info@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand:

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG



Papier: **metallzeitung** erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.

